„Mehrheitlich wieder einer Meinung“

Politik Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei berichtet der CDU-Basis vom Koalitionsstreit in Berlin, und wie man ihn aufgearbeitet hat. Gibt es zu hohe Leistungen für Flüchtlinge in Deutschland? *Von Ralf Trautwein*

In Berlin sitzt Thorsten Frei im Auswärtiger Ausschuss und im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union – damit ist er ganz nah dran an dem derzeit bestimmenden Konfliktthema der Bundespolitik – wie soll man künftig mit Asylsuchenden umgehen, die nach Deutschland wollen?

Um diese Frage ist ein heftiger Streit entbrannt (siehe rechts), der die Union zu spalten droht. Auch den Mitgliedern der CDU Villingen-Schwenningen bereitet das Sorgen. Sie ließen sich von ihrem Bundestagsabgeordneten daher aus erster Hand über die Ereignisse in Berlin informieren. Frei konnte Entwarnung geben: In einer „außergewöhnlichen Situation“ habe man hart daran gearbeitet, „die Dinge wieder zusammenzuführen“. Und das sei gelungen: In wesentlichen Fragen sei man „mehrheitlich wieder einer Meinung“. Frei: „Keine Sachfrage ist es wert, dass man unsere Fraktionsgemeinschaft in Frage stellt.“

Thorsten Frei ist davon überzeugt, dass sich Europa auf lange Zeit mit der Flüchtlingsproblematik befassen muss. Der Migrationsdruck in Afrika steige stetig, meint er. *Foto: NQ-Archiv*

Entscheidende Partner

„Die Maghreb-Staaten sind für uns die entscheidenden Partner jenseits des Mittelmeers“, meinte Frei mit Blick auf den „enormen Migrationsdruck“, der auf dem afrikanischen Kontinent erzeugt wird. Tunesien, Nordalgerien und Marokko könnten den Europäern helfen, den Zustrom von Menschen aus dem Subsahara-Raum zu drosseln. Hier habe man auf politischem Wege bisher viel erreichen können. Frei machte deutlich, dass die Migrationsherausforderungen „kontinental“ sind, also nicht nur Deutschland etwas angehen, sondern die Gesamtheit der EU-Länder. Bilaterale Vereinbarungen mit einzelnen Staaten sieht er lediglich als Übergangslösungen. Vor seinen Parteifreunden zeigte sich Thorsten Frei auf einer Linie mit seiner Bundeskanzlerin: Das Dublin-III-Abkommen sei reformbedürftig. Im Juli wird der EU-Rat voraussichtlich darüber abstimmen. Angela Merkel zielt hierwohl auf eine Lösung ab, die vorsieht, dass Migranten, wenn sie in Europa ankommen, ihren Asylantrag in einem europäischen Land ihrer Wahl stellen können. Das soll Aufnahmeländer wie Italien oder Griechenland entlasten. Wenn also Migranten beispielsweise nach Griechenland kommen, können sie gleich vor Ort sagen, dass sie nach Deutschland wollen – und werden dann weitergereicht.

Kritik der CDU-Mitglieder

Aus den Reihen der CDU-Mitglieder wurde in diesem Zusammenhang kritisiert, dass der deutsche Staat Asylbewerbern vom ersten Tag an im europäischen Vergleich relativ hohe Sozialleistungen gewährt. Thorsten Frei machte deutlich, dass dies der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts entspreche. Nur in Deutschland sei das Asylrecht verfassungsrechtlich verankert, und es sei praktisch unmöglich, andere Europäer dazu zu bringen, ihre Versorgungsleistungen für Flüchtlinge auf deutsches Niveau anzuheben.

Der Asyl-Streit

Bei Angela Merkel (CDU) und Horst Seehofer (CSU) flogen in den letzten Tagen die Fetzen. Der Innenminister hatte angeordnet, dass die Bundespolizei künftig in bestimmten Fällen Asylsuchende an der deutsch-österreichischen Grenze zurückweisen soll. Das betrifft:

- Flüchtlinge, deren Antrag in Deutschland abschlägig beschieden wurde und die das Land bereits verlassen haben, aber trotzdem einen neuen Anlauf zur Einreise unternehmen.
- Flüchtlinge, die aufgrund der Dublin-III-Verordnung in ein anderes EU-Land geschickt wurden, aber ein zweites Mal versuchen wollen, Asyl in Deutschland zu beantragen.
- Weiterhin nicht zurückgewiesen werden Migranten, deren Fingerabdruck zwar schon in einem anderen Land registriert wurden, die aber dennoch Asyl in Deutschland beantragen wollen.

Die dritte Gruppe liefert den Grund für den handfesten Koalitionsstreit innerhalb der Union: Bundeskanzlerin Angela Merkel will das nicht und bemüht sich derzeit um bilaterale Vereinbarungen mit anderen europäischen Ländern, um Seehofers Schritt zu verhindern.

Aus Sicht der CSU muss Kanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel bis zum EU-Gipfel Ende des Monats weitreichende Vereinbarungen in dieser Frage präsentieren. Andernfalls will CSU-Chef und Bundesinnenminister Horst Seehofer im Alleingang Asylbewerber an der Grenze abweisen lassen. Merkel hatte deutlich gemacht, dass sie in diesem Fall von ihrer Richtlinienkompetenz als Kanzlerin Gebrauch machen will, um das zu unterbinden. *rat*